

Der Grosse Rat des Kantons Bern

Dienstag (Vormittag), 15. März 2016

Polizei- und Militärdirektion

10 2015.RRGR.1108 Motion 281-2015 Knutti (Weissenburg, SVP)
Die Landesgrenze ist umgehend zu kontrollieren und zu sichern

Vorstoss-Nr.: 281-2015
 Vorstossart: Motion
 Eingereicht am: 16.11.2015
 Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)
 (Sprecher/in)
 Gschwend-Pieren (Lyssach, SVP)
 Weitere Unterschriften: 0
 Dringlichkeit gewährt: Nein 19.11.2015
 RRB-Nr.: 68/2016 vom 20. Januar 2016
 Direktion: Polizei- und Militärdirektion

Die Landesgrenze ist umgehend zu kontrollieren und zu sichern

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass zum Schutz der Schweizer Bevölkerung unsere Landesgrenze wieder kontrolliert wird.

Begründung:

Nach den jüngsten Ereignissen in den letzten Wochen und Tagen sind wir konsterniert und zugleich besorgt, dass der Bund keine wirkungsvollen Massnahmen zur Eindämmung der herrschenden Asylmisere ergreift. Der Bund hat sich schnellstmöglich mit dem Grenzschutz und der desolaten Asylpolitik zu befassen, denn die damit einhergehenden Sicherheitslücken sind nicht mehr wegzu-

Eine erste Massnahme, die der Bund zum Schutz der Schweizer Bevölkerung umgehend zu ergreifen hat, ist, die Einreise von illegalen Einwanderern durch Grenzkontrollen einzudämmen. Die Grenzen sind unter Beizug der Armee umgehend zu kontrollieren und zu schützen. Migranten, die aus sicheren Drittstaaten, also auch aus unseren Nachbarstaaten, einreisen wollen, sind strikt abzuweisen. Das Schengen-Dublin-Abkommen, das zeigt uns die Asylproblematik in Europa momentan, funktioniert schon seit längerer Zeit nicht mehr.

Es ist die Verantwortung des Bundes, Gefahren zu erkennen, zu analysieren und rasch Sofortmassnahmen umzusetzen. Gerade beim Bevölkerungsschutz wäre es angezeigt zu agieren, statt zu reagieren.

Begründung der Dringlichkeit: Die jüngsten Ereignisse in Europa zeigen die Dringlichkeit auf.

Antwort des Regierungsrats

Der Regierungsrat anerkennt die Besorgnis über die Migrationsströme und die damit verbundenen Unsicherheiten bei der Schweizer Bevölkerung. Er hält zudem fest, dass die Lage im Asylbereich angespannt, jedoch keineswegs desolat ist. Der Bund und der Kanton Bern haben mit ihren jeweiligen Neustrukturierungen des Asylbereichs die notwendigen Schritte in die Wege geleitet. Der Grosse Rat wurde anlässlich der Novembersession 2015 ausführlich über die diesbezüglichen Bestrebungen und Strategien auf kantonaler Ebene in Kenntnis gesetzt und ist diesen grossmehrheitlich positiv begegnet.

Die Schengen/Dublin-Zusammenarbeit basiert auf der Erkenntnis, dass die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und die Steuerung von Migrationsbewegungen in Europa wichtige gemeinsame Anliegen sind, und dass diese Probleme durch ein enges grenzüberschreitendes Zusammenwirken der zuständigen nationalen Behörden wirksamer bewältigt werden können als ohne

dieses Zusammenwirken. Mit dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen wurden an der Schweizer Grenze Personenkontrollen grundsätzlich aufgehoben. Die Grenzkontrollen haben sich von den Binnen- an die Aussengrenzen verlagert und wurden dort verstärkt. Die Schweiz beteiligt sich am Aussengrenzenfonds und an der Grenzschutzagentur FRONTEX für einen besseren Schutz der Aussengrenzen. Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass eine Abkehr von diesem Konzept der falsche Weg ist, um der schwierigen Situation im Asyl- und Flüchtlingsbereich zu begegnen.

Eine Vorkonsultation des Staatssekretariats für Migration (SEM) bei den Mitgliedern der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) Ende November 2015 hat ergeben, dass 17 Kantone eine zeitlich beschränkte Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Schweiz ablehnen.

Der Regierungsrat ist zudem der Ansicht, dass die Armee ihre personellen und logistischen Ressourcen derzeit für die anstehende Bewältigung der angespannten Situation im Asyl- und Flüchtlingsbereich zur Verfügung stellen sollte. Die Kantone sind dankbar für die diesbezügliche Unterstützung. Ein anders gearteter Einsatz, namentlich eine aufwändige Sicherung der Grenzen zu den europäischen Nachbarstaaten ist weder sinnvoll noch vernünftig umsetzbar.

Aus den genannten Gründen lehnt der Regierungsrat das Motionsbegehren ab.

Der Regierungsrat beantragt:

Ablehnung

Präsident. Ich begrüsse Sie zum zweiten Tag der Märzsession des Grossen Rats. Ich darf auch noch eine Gruppe auf der Zuschauertribüne begrüssen: Wir haben heute Besuch von der Oberstufe Aeschi-Krattigen in Begleitung der Schulleiter Therese Wells und Ives Gfeller. Ich heisse Sie alle ganz herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen guten Vormittag hier bei uns im Grossen Rat. (*Applaus*).

Wir sind gestern bei den Geschäften der Polizei- und Militärdirektion verblieben und kommen jetzt zu Traktandum 10. Es handelt sich dabei um einen Vorstoss des heutigen Geburtstagskinds. Thomas Knutti feiert heute Geburtstag. Ganz herzliche Gratulation! (*Applaus*) Es geht also um die Motion Knutti «Die Landesgrenze ist umgehend zu kontrollieren und zu sichern». Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss ab. Wir führen eine freie Debatte. Der Motionär hat das Wort.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Herzlichen Dank für die Glückwünsche. Ich versuche nicht allzu laut zu reden, falls der eine oder die andere noch nicht ganz wach sein sollte. Ich wurde in letzter Zeit verschiedentlich von verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, ob es nicht möglich sei, auf kantonaler Ebene etwas gegen die masslose Einwanderung von Asylbewerbern zu unternehmen. Vor allem ist auch die Thematik der Sicherheit bei unseren Bürgerinnen und Bürgern aktuell. Ich denke, wir sind uns hier alle einig, dass es so, wie es jetzt läuft, nicht weitergehen kann. Wir können nicht warten, bis es vielleicht irgendwann eine gesamteuropäische Lösung geben wird. Es ist eine Illusion zu glauben, die EU werde jemals eine wirkungsvolle Lösung für den gesamten europäischen Raum präsentieren können. Deshalb müssen wir seitens des Kantons Bern den Bundesrat umgehend auffordern, erste Massnahmen zum besseren Schutz der Bevölkerung und für mehr Sicherheit in unserem Land zu unternehmen. Der Regierungsrat behauptet in seiner Antwort, dass wir weiterhin keinen desolaten Zustand hinsichtlich der Migrationsströme hätten. Aber andererseits will man inskünftig die Gemeinden zwingen können, Asylbewerber in Zivilschutzanlagen unterzubringen. Es wird auch behauptet, das Schengen-Abkommen würde noch funktionieren, und dass die Probleme durch ein enges, grenzüberschreitendes Zusammenwirken problemlos bewältigt werden können.

Ich habe die ganze Schengen-Thematik genauer unter die Lupe genommen und fand erschreckende Zahlen. Unser schweizerisches Grenzwachtkorps konnte vor dem hochgelobten Beitritt im Jahr 2004 88 735 Personen an der Grenze direkt zurückweisen und übergab 35 294 Personen direkt der Polizei. Das Grenzwachtkorps nahm täglich bis zu 100 Verhaftungen vor, und in 1880 Fällen konnten gefälschte Ausweise sichergestellt werden. Wenn das keine Argumente für einen besseren Schutz und eine bessere Kontrolle unserer Grenzen sind, dann verstehe ich nichts mehr. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hat mit 13 zu 12 Stimmen einer Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft mit der Begründung zugestimmt, dass in den Grenzgebieten ein erhebliches Sicherheitsdefizit bestehe, namentlich wegen der Kriminalität und den Migrationsströmen. Wie gesagt: Jeder Grenzwächter verhindert zusätzliche Kriminalität und illegale Einwanderung. Frankreich, Österreich, Deutschland, Schweden und Dänemark kontrollieren die Grenzen

wieder selber. Die Grenzkontrollen dürfen neu auf zweieinhalb Jahre ausgedehnt werden. Ein eigenständiges Land muss die Grenzen selber kontrollieren und die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger garantieren. Deshalb bitte ich Sie, diese Standesinitiative zu überweisen.

Präsident. Wir haben bei dieser Motion eine Mitmotionärin. Frau Grossrätin Gschwend hat das Wort.

Andrea Gschwend-Pieren, Lyssach (SVP). Was sich derzeit im Nahen Osten – namentlich in Syrien – abspielt, ist zweifelsohne tragisch. Genauso zweifellos ist aber auch, dass seit vielen Monaten nicht nur Leute aus diesen Ländern in unser Land strömen, sondern auch Leute aus Ländern, die keine Krisengebiete sind: Leute, die auswandern und aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen zu uns kommen. Sie konnten die Berichterstattung einer Gruppe von Bundespolitikern lesen, die kürzlich Eritrea bereisten. Sie kamen zurück und erzählten, was sie gesehen und erlebt hatten. Sie erzählten auch, dass Eritrea kein Kriegsland ist. *(Der Präsident läutet die Glocke und unterbricht die Rednerin.)*

Präsident. Einen kurzen Moment bitte, Frau Gschwend. – Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist zu unruhig im Saal. Es ist schwierig, der Debatte so zu folgen. Wer Besprechungen abzuhalten hat, soll dies bitte in der Wandelhalle tun, Danke.

Andrea Gschwend-Pieren, Lyssach (SVP). Nun, dieser Migrationstourismus – an dem viele Leute viel Geld verdienen – gefährdet nicht nur unsere Sozialsysteme, sondern mit der Zeit auch unsere innere Sicherheit. Man sieht bereits die ersten Auswüchse davon. Zum Beispiel gibt es in Deutschland immer mehr Ausschreitungen von Bürgern, die sich gegen die wenig restriktive Asylpolitik wehren. Dass die Leute die Asylpolitik nicht mehr goutieren, zeigte sich bei den Wahlen bei uns, wie aber eben auch in Deutschland vorgestern. Ein Schutz unserer Aussengrenzen bedeutet für mich zugleich einen Schutz der inneren Sicherheit. Andere Kantone haben das bereits erkannt. Basellandschaft zum Beispiel hat die gleiche Forderung nach Grenzschutz im Kantonsrat angenommen und Obwalden hat den Bundesrat schriftlich zu einer restriktiveren und gerechteren Asylpolitik aufgefordert. Ich bitte auch unseren Regierungsrat, sich beim Bundesrat für den Schutz unserer Landesgrenzen einzusetzen. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass man die EU-Aussengrenzen schützen müsse. Einmal abgesehen davon, dass in dieser Hinsicht leider nichts passiert, nützt es auch nichts, wenn die anderen Länder – wie zum Beispiel die skandinavischen Länder – ihre Grenzen dicht machen und Österreich Kontingente einführt: 80 Einwanderer oder Asylanten pro Tag. Dadurch steigt der Druck auf die Schweiz enorm. Dieser Druck steigt weiter durch den Ausgang der vorgestrigen Wahlen in Deutschland, bei denen ein Rechtsrutsch stattfand. Wenn wir als schlussendlich einziges Land unsere Grenzen nicht schützen, werden wir früher oder später überrannt. Das wollen wir nicht. Wir haben es in der Hand, dies zu verhindern, indem wir zum Beispiel die illegal Asylsuchenden bereits an der Grenze zurückweisen. Ich bitte Sie dringend, zum Schutz unserer inneren Sicherheit und zur Wahrung unseres schönen Landes unsere Interessen zu vertreten und nicht diejenigen anderer Staaten. Ich bitte Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Präsident. Wir kommen gleich zu den Fraktionen. Nur ganz kurz eine Bemerkung: Herr Knutti sprach von einer Standesinitiative. Formal ist der Vorstoss keine Standesinitiative, sondern einfach eine Forderung an den Regierungsrat, sich beim Bund für das Anliegen einzusetzen. Wir haben für die BDP-Fraktion Herrn Grossrat Leuenberger.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Vorweg möchte ich Thomas Knutti herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. Das war es aber dann bereits mit verbalen Zärtlichkeiten von meiner Seite. *(Heiterkeit)* Ich komme zur Sache. Der Grenzschutz der Schweiz und auch die Asylpolitik der Schweiz sind grundsätzlich Bundesangelegenheit. Wer die Verfassung kennt, weiss das. Es ist aus der Optik der BDP nicht sachgerecht, wenn man die Asyldebatte in den Grossen Rat des Kantons Bern hineinzieht. Es macht keinen Sinn. Wir können nämlich nicht darüber entscheiden, sondern es ist ein rein medialer Auftritt, der hier gesucht wird. Das Grenzwachtkorps ist für den Schutz der Landesgrenzen zuständig und hat vor rund zwei Wochen bekanntgegeben, dass die Bestrebungen zum Schutz der Landesgrenzen erhöht wurden. Das Grenzwachtkorps sagte auch, dass ein allfälliger Einsatz militärischer Kräfte geprüft werde. Übrigens macht dies das Grenzwachtkorps schon heute. Die Landesgrenze wird teilweise mit Drohnen der Schweizer Armee überwacht.

Somit ist der Schutz der Schweizer Grenze – aber auch die Frage, wie es in unserer Asylpolitik weitergeht – reine Bundespolitik. Das Bundesparlament hat im letzten Jahr mit der Verabschiedung des neuen Asylgesetzes auch klare Zeichen gesetzt. Sofern das neue Asylgesetz in Kraft treten kann, wird unser Asylgesetz massiv verschärft und die Asylverfahren extrem verkürzt. Leider wurde das Referendum ergriffen, weswegen weiterhin die bisherigen Bestimmungen aufrecht erhalten bleiben. Wir haben uns auch gefragt, weshalb die Motionäre diesen Vorstoss eigentlich einreichen und kamen zu zwei Schlüssen: Entweder will man mit Bundesfragen medial auftreten und ein bisschen «Bonsai-Nationalrat» im Grossen Rat des Kantons Bern spielen. Oder man traut andererseits – und das ehrt uns als Grossräte natürlich sehr – dem Bundesparlament und dem Personal auf Bundesebene schlichtweg nicht zu, dass sie die richtigen Fragen zur richtigen Zeit korrekt beantworten. Wenn wir uns vor Augen führen, wer auf Bundesebene für die Fragen, die in diesem Vorstoss aufgeworfen werden, zuständig ist, stellen wir fest, dass dies einerseits das Parlament und insbesondere der Nationalrat ist. Dort hat die SVP zusammen mit der FDP eine grosse Mehrheit. Sie kann dort also Einfluss nehmen. Diesen Leuten müssen wir vertrauen. Andererseits ist das Finanzdepartement mit Herrn Bundesrat Parmelin für das Grenzwachtkorps zuständig. Ich gehe davon aus, dass dieses gut geführt wird. Drittens ist das VBS mit Herrn Bundesrat Parmelin zuständig – Pardon, Herr Maurer ist beim Finanzdepartement. Offensichtlich traut man diesem Personal nicht zu, dass es die Fragen hier korrekt beantwortet. Kolleginnen und Kollegen, wir sind nicht ganz sicher, weshalb dieser Vorstoss im Grossen Rat des Kantons Bern eingereicht wurde. Für uns ist er hier fehl am Platz. Wir lehnen ihn ab und bitten Sie, das ebenfalls zu tun.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Ich nehme es vorweg: Die EVP-Fraktion wird diese Motion auch ablehnen. Bei den Voten der Motionäre ist ein bisschen ein «Begriffssalat» aufgetaucht. Auf der einen Seite – und das steht in der Motion – will man die Landesgrenze schützen. Auf der anderen Seite sprach man von einer «geschlossenen Grenze» und sprach dabei von einer restriktiven Asylpolitik. Diese drei Sachen sind völlig unterschiedliche Angelegenheiten. Wenn wir die Schweizer Landesgrenze schützen, haben wir an der Asylpolitik noch nichts geändert. Wir haben kein einziges Asylgesuch weniger. Weil jeder, der in der Schweiz Asyl beantragen will, dies auch bei einer bewachten Grenze tun kann. Das ist ja die Schizophrenie Österreichs, das eine Obergrenze festlegt, aber nicht definiert, was man mit dem ersten Gesuch nach dieser Zahl machen will. Damit sind die politischen Konstrukte sinnlos, über die wir im Moment in einer grösseren Öffentlichkeit diskutieren. Es ist wichtig, das Gesamte zu sehen, wenn wir heute über ein nationales Anliegen sprechen. Ich hatte Ende Januar die Gelegenheit, an einer Tagung über die Asylpolitik teilzunehmen. Dort sprachen Herr Gattiker und Herr Zinniker vom Nachrichtendienst über die aktuelle Bedrohung und mögliche Perspektiven. Ich gewann sehr viel Vertrauen und habe den Eindruck, dass die Leute, welche sich auf nationaler Ebene mit diesen Themen auseinandersetzen, wissen, wovon sie reden. Wenn man die Entscheidungsfindung betrachtet, wie sie viele Offiziere oder Offiziere ausser Dienst hier im Saal etwa noch gelernt haben, so macht es überhaupt keinen Sinn, wenn man dem Kanton Bern eine Doktrin überstülpen und den Leuten der Armee- und Bundesführung sagen will, was sie zu tun hätten. Ich bitte Sie, diese Motion abzulehnen; insbesondere auch deswegen, weil sie hier nicht stufengerecht ist.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Wir haben weder eine Asylmisere noch Sicherheitslücken, wie der Motionär in seinem Vorstoss angibt. Es würde unserer Armee auch schaden, wenn sie an der Grenze schutzsuchenden Menschen auf der Flucht den Übergang verwehren müsste. Auch eine klare Mehrheit der Kantone sieht von dieser ziellos wirkenden Einsatzforderung ab. 59 Prozent der Bevölkerung sagt uns, wir müssten den schutzsuchenden Menschen so offen wie möglich begegnen, sie im Sinn der Menschenrechte in so schwierigen Situationen unterstützen und uns für Frieden in den Kriegsgebieten einsetzen. Wir haben die Kapazität, diese Leute aufzunehmen und zu versorgen. Es ist eine humanitäre und rechtliche Pflicht, die Rechte dieser Menschen zu anerkennen.

Es kann auch unsere Chance sein, den Schutzsuchenden Schutz zu bieten, denn letztlich sind es solche Prozesse, die unsere Gesellschaft stärken. Natürlich sollte auch auf Bundesebene alles daran gesetzt werden, die diplomatischen Mittel und die Beziehungen und Erfahrungen mit Menschenrechten und Demokratie in den Ländern in Krisensituationen zu nutzen. Wichtig ist diesbezüglich auch, die Verhältnisse militärischer, wirtschaftlicher und menschenrechtlicher Aspekte der Aussen- und Migrationspolitik neu auszutarieren. Letztlich müssen wir die Gründe beseitigen, die Menschen auf die Flucht treiben. Die Menschen kommen zu uns, weil sie vor Krieg, Verfolgung und Folter flie-

hen. Ich denke, dass niemand diese Tatsachen bestreitet, und wir wissen alle, wie verflochten und globalisiert wir auch im Kanton Bern leben. Die grüne Fraktion findet den Vorstoss übertrieben und lehnt ihn ab.

Hubert Klopfenstein, Biel/Bienne (FDP). Landesgrenzen umgehend kontrollieren und sichern klingt gut. Aus Sicht der FDP gibt es sicher gewisse Sympathien. Es ist so, und wir wissen es: Wir haben erhebliche Probleme in diesem Land. Die Bevölkerung ist besorgt, und Herr Knutti – da bin ich mir sicher: Es wird in einigen Jahren auch so kommen, wie Sie das verlangen. Nur haben Sie Geduld. Der Leidensdruck ist in der Schweiz offenbar noch zu klein. Aber wenn sich der Osten immer mehr schliesst, wird es auch hier überschwappen. Das ist ganz klar. Aber bei den Freisinnigen – und ich kann leider auch kein Geburtstagsgeschenk machen – ist natürlich auch die Zuständigkeitsfrage diskutiert worden. Das ist der springende Punkt. Es ist effektiv keine Standesinitiative. Formell ist der Bund zuständig. Dieser muss jetzt mit der neuen Regierung und dem neuen Bundesrat das Richtige machen. Deshalb ist der Kanton Bern sicher der falsche Ansprechpartner. Der Kanton Bern grenzt auch nicht ans Ausland. Rein aus formellen und stufengerechten Gründen beantragen wir hier die Ablehnung, obwohl wir durchaus inhaltliche Sympathien haben. Doch wie gesagt: «Kommt Zeit, kommt Rat». Oder anders ausgedrückt: Deutschland lässt grüssen.

Hans Rudolf Schweizer, Utzigen (SVP). Zur Motion «Die Landesgrenze ist umgehend zu kontrollieren und zu sichern»: Das Thema ist aktueller denn je, das haben wir jetzt schon mehrmals gehört. Die umliegenden Länder planen ebenfalls solche Massnahmen oder haben die Grenzkontrollen bereits verstärkt. Der Kanton Basel-Landschaft hat bereits einen ähnlichen Vorstoss als Standesinitiative überwiesen. Der Vorstoss hat auch das Ziel, dass der Bund die Grenzkontrollen personell verstärkt. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Vorstoss grossmehrheitlich zu. Einige wenige werden sich enthalten.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Ich weiss fast nicht, wo ich beginnen soll. Inhaltlich werde ich mich nicht äussern. Ich sehe auch nicht ein, weshalb man so viel dazu sagen will, wenn man immer wieder sagt, dass das Anliegen hier am falschen Ort sei. Wenn Sie Aussenpolitik betreiben wollen, lassen Sie sich in den Nationalrat wählen! Wenn Sie Militärpolitik machen wollen, lassen Sie sich in den Nationalrat wählen! Wenn Sie Landwirtschaftspolitik machen wollen, lassen Sie sich in den Nationalrat wählen! Ich habe schon immer intern in der Fraktion gesagt, es sollte nicht nur einen Ja-, einen Nein- und einen Enthaltungs-Knopf geben, sondern es bräuchte noch einen vierten Knopf, den man drücken kann, und auf dem steht: schreddern! Das wäre genau der Knopf, den ich jetzt drücken würde. Oder um es mit einem Slogan der bfu zu verdeutlichen: «Hirne bim lüpfel!» Das gilt manchmal auch beim motionieren.

Peter Siegenthaler, Thun (SP). Ich mache es extrem kurz, weil extrem viel Gutes gesagt wurde: von Markus Wenger zum Beispiel, von Hannes Zaugg, aber auch von anderen Kollegen und Kolleginnen, die zu diesem Vorstoss gesprochen haben. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt ihn ab. Es ist nicht unsere Zuständigkeit. Das ist für uns der wichtigste Punkt.

Als ich vorhin die Zeitung las, weil ich meine volle Aufmerksamkeit nicht Thomas Knutti schenkte, sondern noch ein bisschen dem Bund, habe ich gelesen, dass die SVP jetzt auch noch fordert, die Bundesverfahrenszentren zu umzäunen. Ich stelle mir vor, wie das dann läuft: Wir haben an der Grenze eine aufgerüstete Armee, die Asylsuchende intensiver kontrolliert und die wenigen, die es schaffen ins Land zu kommen, haben wir dann irgendwo eingezäunt. Vor lauter Zäunen und Mauern, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wollen wir doch den Überblick nicht ganz verlieren und Thomas Knutti heute kein Geburtstagsgeschenk machen. Lehnen wir diesen Vorstoss ab.

Präsident. Damit kommen wir zu den Einzelvoten. Gibt es Einzelvoten aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Motionär nach dem Regierungsrat noch einmal das Wort? – Ja, dann hat der Regierungspräsident Herr Käser das Wort.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Ich gratuliere Herrn Grossrat Knutti meinerseits zu seinem Geburtstag. Ich stelle fest, dass Herr Knutti von einer Standesinitiative sprach. In diesem Vorstoss ist nicht explizit eine Standesinitiative erwähnt. Die Regierung wird aufgefordert, sich beim Bund einzusetzen. Da ist die Situation folgendermassen: Wir wissen alle haargenau, dass schon vor den offenen Grenzen die Grenzen nicht wirklich kontrolliert wurden. Ab und zu musste man den

Kofferraum öffnen, aber dies geschah selten. Wir sollten uns nichts vormachen. Das ist die erste Aussage. Die zweite Aussage ist Folgende: Ich war in Chiasso am Bahnhof als Präsident der KKJPD. Über 95 Prozent aller Asylsuchenden reisen mit dem Zug in die Schweiz und nicht über die grüne Grenze – mit dem Zug! Und dann sind sie am Bahnhof in Chiasso. Die Schweiz kontrolliert ihre Grenzen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit dem Grenzwachtkorps. Wir haben wiederholt eine Aufstockung des Grenzwachtkorps gefordert und wir halten an dieser Forderung fest. Das ist nötig und wichtig. Aber das muss der Bund entscheiden. Bekanntlich gehört das GWK auf Bundesebene zum Finanzdepartement und eine Aufstockung des GWK kostet Geld. Das muss man einfach wissen. Aber das läuft auf der Ebene des Bundes.

Bezüglich der Aufforderung der Motion, uns beim Bund einzusetzen, ist es so: Die KKJPD, die ich präsidieren darf, und die Sozialdirektorenkonferenz, die von Peter Gomm präsiert wird, haben einen intensiven und dauernden Kontakt mit dem EJPD, also mit Frau Bundesrätin Sommaruga, mit dem SEM, aber auch mit dem neuen Chef des VBS, Herrn Bundesrat Parmelin. Dieser Kontakt ist häufig und sehr eng. Ich habe praktisch wöchentlich Kontakt mit dem Staatssekretär für Migration, Mario Gattiker. Sie haben mitbekommen, dass das VBS, beziehungsweise der Bundesrat, in der letzten Woche zwei Massnahmen getroffen hat. Eine Massnahme ist die Verschiebung von WK-Daten, damit sich in einer Notlage immer mindestens 2000 Angehörige der Armee im Dienst befänden, die man schnell zur Verstärkung des GWK an die Grenze führen könnte. Dort wüsste ich als Truppenkommandant allerdings gerne, wie mein Auftrag lautet. Ich sage es nochmals: Ich möchte meinen Auftrag kennen, wenn ich ein Bataillon kommandiere, um das GWK zu unterstützen.

Zur zweiten Massnahme: Der Bundesrat hat die sogenannte Requisitionsverordnung auf den 1. April in Kraft gesetzt. Die Requisitionsverordnung ist nicht für die «normale Lage» vorgesehen. Es gibt rund um das Asylwesen drei Stufen der Lage: Erstens die «normale Lage». Diese hatten wir im letzten Jahr bis im Juni. Danach gibt es die «ausserordentliche Lage». Diese bestand im letzten Jahr von Juli bis Weihnachten. Betrachtet man die Massnahmen gewisser osteuropäischer Länder, könnte es sein, dass die Migrationsströme nicht mehr über den Balkan laufen, sondern wieder über Italien umgeleitet werden. Dann ist natürlich die Schweizer Grenze – namentlich die Südgrenze im Tessin – sicher im Fokus. Es wäre möglich, dass eine Notlage entsteht. Ich habe mich bereits im letzten November ziemlich deutlich dafür eingesetzt, dass auf Stufe Bundesrat die Notlage ernst genommen und der Sonderstab eingesetzt wird, damit wir für diese Notlage gewappnet sind. «Gouverner c'est prévoir» heisst in diesem Fall das Stichwort. Ich habe mich sehr gefreut, als der neue Chef des VBS an der Münchner Sicherheitskonferenz mit genau dieser Aussage in der Tagesschau gezeigt wurde: «Gouverner c'est prévoir»! Wir haben in den letzten Wochen – und mit «wir» meine ich das KKJPD – zusammen mit dem Staatssekretariat für Migration Eckwerte für eine Vorsorgeplanung entworfen, aus der ein Bundesratsbeschluss entstehen soll. Wir werden diese Woche mit den beiden Bundesräten das weitere Vorgehen besprechen. So gesehen rennt die Motion offene Türen ein.

Es gibt wahrscheinlich nicht so manchen Kanton, beziehungsweise so manchen kantonalen Polizeidirektor, dem die Möglichkeiten zugänglich sind, die sich mir mit meinem Amt als Präsident der KKJPD natürlich ergeben. Aber ich bin gewillt, diese Aufgabe wahrzunehmen, weil sie für dieses Land wichtig ist. Dann müssen unsere Vorschläge auf der zuständigen Bundesebene umgesetzt werden. Und ich bin da sehr zuversichtlich.

Im Übrigen, als letzter Satz: Es ist tatsächlich so, dass wir am 5. Juni über die Revision des Asylgesetzes abstimmen, weil das Referendum ergriffen wurde. Dieses Referendum hat vor allem einen Grund. Man hat damit Mühe, dass die Asylsuchenden sogenannte «Gratisanwälte» an die Seite gestellt bekommen und findet dies unverhältnismässig. Dazu muss ich Ihnen einfach sagen, dass sich im Testzentrum Zürich das System mit diesen Anwälten als sehr kostengünstig erwiesen hat. Ein Anwalt erhält pro Fall 1200 Franken bezahlt. Dank diesen Anwälten haben wir deutlich weniger Beschwerden, weil diese Anwälte sehr wohl sehen, wo eine Chance für eine Beschwerde besteht und wo nicht. Wenn Frau Nationalrätin Fiala von «Beschleunigungsanwälten» spricht, dann hat sie eigentlich Recht. Ich bin heute in der aktuellen Situation Beschwerdeinstanz für Beschwerden im Asyl- und Ausländerrecht. Und ich habe unzählige Beschwerden von Asylsuchenden – unzählige! Und diese Asylsuchenden haben alle einen Anwalt. Glauben Sie nicht, dass dieser Anwalt nur 1200 Franken kostet. Aber dieser Anwalt wird immer durch den Kanton Bern bezahlt, weil der Asylsuchende ja kein Geld hat. Also ist es der Staat, der den Anwalt finanziert. Es ist unredlich, ein neues System mit solchen Argumenten zu bekämpfen. Es ist unredlich und falsch. Ich bitte Sie daher, am 5. Juni der Revision des Asylgesetzes zuzustimmen. Dann hätten wir endlich die Beschleunigung, damit 60 Prozent der Gesuche auf der Ebene des Bundes entschieden und nur noch 40 Prozent auf

die Kantone verteilt werden. Das würde uns entlasten und guttun.

Präsident. Danke für diese Ausführungen. Nun hat nochmals der Motionär, Herr Grossrat Knutti, das Wort.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich danke dem Präsidenten und den Anwesenden. Ich wollte eigentlich sagen, dass Sie mit Geburtstagsgeschenken heute Morgen sehr zurückhaltend waren. Aber ich habe doch tatsächlich von Sämu Leuenberger ein «Praliné» bekommen. Herzlichen Dank, Sämu! Wenn ich vielleicht gerade bei dir beginnen darf: Du hast kritisiert, mein Vorstoss wäre nicht auf der richtigen Flughöhe. Dieses Argument kann man natürlich immer bringen. Aber es ist einfach Tatsache, dass uns dieses parlamentarische Mittel zur Verfügung steht. Und ich muss Ihnen schon sagen: Wenn in der Gemeinde Därstetten im Simmental nachmittags um drei bei einem Bauern eine wildfremde Person in die Wohnung eindringt und diesem den «Geldsäckel» stiehlt, dann nehmen das die Leute nicht hin. Im ländlichen Raum schliesst man tagsüber nicht jedes Mal die Tür. Man kann jetzt natürlich sagen, das Beispiel gehöre nicht hierher. Aber, geschätzte Frauen und Männer, irgendwo müssen wir anfangen! Auch wenn die Statistik sagt, wir hätten mehr Sicherheit in unserem Land, gibt es Leute, die das Gefühl haben, unsere Sicherheit wäre gefährdet. Deshalb bin ich klar der Meinung, wir müssten irgendwo anfangen, und weshalb nicht bei einer besseren Kontrolle der Grenzen?

Mediales Auftreten? Ja, diesen Vorwurf kann man immer bringen. Ich glaube, jeder macht manchmal etwas, das in diese Richtung geht. Mir geht es rein um die Sicherheit der Bevölkerung, wie sie die SVP auch klar immer verlangt, und nicht um mediales Auftreten. Danke Hubi Klopfenstein für deine Aussagen! Es hat mich natürlich gefreut, denn genau so wird es kommen: Heute wird man noch belächelt mit solchen Forderungen, aber in einigen Jahren werden wir nicht darum herumkommen, Grenzkontrollen einzuführen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hat übrigens mit 13 zu 12 Stimmen die Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft überwiesen. Was wollen wir tun? Die Balkanroute wird vermutlich mehr oder weniger geschlossen werden. Danach werden die Asylsuchenden über Albanien kommen und dann wird die Schweiz auch gefährdeter sein. Geschätzte Frauen und Männer, ich habe in dieser Diskussion keinen besseren Vorschlag gehört. Ausser dem Regierungsrat hat niemand einen Vorschlag gemacht. Ich bin sicher, dass der Regierungsrat sein Möglichstes tun wird. Daran zweifle ich nicht. Aber von anderen Parteien kommen keine Vorschläge, wie man diesem Problem entgegenwirken könnte. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu unterstützen. Und danke, Sämu, für das «Praliné».

Präsident. Damit kommen wir zur Abstimmung über Traktandum, Motion Knutti. Wer die Motion annehmen will, stimmt ja; wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 32

Nein 97

Enthalten 16

Präsident. Sie haben die abgelehnt. Damit haben wir die Geschäfte der Polizei- und Militärdirektion behandelt und ich verabschiede an dieser Stelle den Regierungspräsidenten.